



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, JKH 3.650, 11011 Berlin

☎ 030 – 227 77239

📠 030 – 227 76011

✉ heinz.paula@bundestag.de

Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg

☎ 0821 – 30 1 27

📠 0821 – 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Pakete über 10 kg und Massensendungen werden teurer – Die Zeche bezahlen Verbraucherinnen und Verbraucher und gemeinnützige Einrichtungen

Berlin, 9. Februar 2010 - Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsatzsteuerpflicht von Post-Universaldienstleistungen erklärt der Augsburger SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Paula:

„Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf schränkt den von der Mehrwertsteuer befreiten Post-Universaldienst – abweichend vom geltenden Postgesetz und der Universaldienstleistungsverordnung – erheblich ein: Für Pakete zwischen 10 und 20 Kilogramm und Massensendungen z. B. von Behörden, Banken, Kirchen, Ärzten, Vereinen, Parteien und Gewerkschaften werden in Zukunft 19 % Mehrwertsteuer fällig. Dies widerspricht den europäischen Vorgaben, wonach Universaldienstleistungen von der Umsatzsteuer zu befreien sind, damit sie für die Kunden – im Sinne der Daseinsvorsorge – möglichst billig sind.

Die Zeche für die erhofften Steuermehreinnahmen von 300 Mio. Euro jährlich zahlen letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher, auf die die Mehrkosten abgewälzt werden. Andere, wie Wohlfahrtsverbände, Vereine und Kirchen, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, werden erheblich belastet. Daran sollten CDU/CSU und FDP bei ihren nächsten Sonntagsreden über das Ehrenamt denken.

Unter dem Vorwand, Wettbewerb im Postsektor herstellen zu wollen, unterläuft die Bundesregierung ihre grundgesetzliche Verpflichtung, einen günstigen und flächendeckenden Universaldienst zu garantieren. Postdienstleistungen werden für viele teurer und die Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten immer schlechter. Viel mehr als das Dogma des Wettbewerbs interessiert die Bevölkerung, wie viele Postämter noch erhalten bleiben, wie zuverlässig die neuen Post-Agenturen arbeiten und ob die im Postsektor Beschäftigten ohne staatliche Zuzahlungen von ihrer Arbeit leben können.

Vor dem Hintergrund der mehrwertsteuerrechtlichen Subventionierung von Hotelübernachtungen wird auch hier die Richtung schwarz-gelber Umverteilung sichtbar: Millionen Nutzer öffentlicher Dienstleistungen – bald sind auch die kommunalen Dienstleister dran – zahlen ihr Scherlein für eine kleine Klientel, ob es Hoteliers oder Lohndrucker in der Postbranche sind.“